

Horn-Bad Meinberg, 26.01.2020

## **Antrag an den Rat der Stadt Horn-Bad Meinberg zur Einrichtung einer Stelle zur Öffentlichkeits- und Vermittlungsarbeit**

Das Image der Stadt Horn-Bad Meinberg hat in den vergangenen Jahren (und beinahe Jahrzehnten) stark unter einem defizitorientierten öffentlichen regionalen und überregionalen Diskurs gelitten. Zitiert seien folgende Beschreibungen: „Das Kurortesterben“, „Der Niedergang der Holzverarbeitenden Industrie“ und zuletzt die Ärgernisse rund um das Thema ‚SMOE‘ im vergangenen Sommer. Viel Gutes bleibt dabei unberücksichtigt und unerwähnt, denkt man etwa an die systematische Weiterentwicklung des Schulstandorts, den Aufwuchs des Industrieparks, die Ansiedelung vieler mittelständischer Gewerbetreibende, die Ausweitung des Radwegenetzes ein engagiertes Netzwerk von Ehrenämtern und viele weitere positive Entwicklungen.

Richtet man den Blick auf zurückliegende Entscheidungen und politische Themen, die bei BürgerInnen zu Unmut geführt haben, zeigt sich zudem ein beständiges Muster: Die Information über politische Entscheidungen erreicht die BürgerInnen oftmals erst dann, wenn der komplexe Prozess bereits weit gediehen ist. Systematisch dokumentierte Beispiele finden sich etwa in den Protokollen zu Anliegerversammlungen im Zuge von Straßenausbaumaßnahmen und anderen Baumaßnahmen fast jeder Art (z. B. jüngst Funkmasten, vergangenes Jahr die Ausweitung eines Getränkebetriebs) möglichen Schließungen von Schulstandorten etc. Nachvollziehbarerweise stoßen als ad hoc empfundene Veränderungen auf Reaktanz. Die Bürgerproteste des zurückliegenden Sommers 2019 haben das Eskalationspotenzial einer reaktiven Informationspolitik unbestreitbar zum Ausdruck gebracht.

Beide Perspektiven tangieren unmittelbar den Bereich der städtischen Öffentlichkeitsarbeit, die – hier gemessen an negativen Reaktionen aus der Öffentlichkeit (viele weitere Bezugsnormen wären möglich) – aus Sicht vieler BürgerInnen offenkundig unzulänglich ist. Nicht selten sehen sich MitarbeiterInnen der Verwaltung deshalb mit Anwürfen konfrontiert, die sie keineswegs zu verantworten haben und die den Raum für eine breite öffentliche Würdigung ihrer Mühen erheblich verengt. Immer wieder stimmen sogar politische VertreterInnen in den Reigen der Kritik an VerwaltungsmitarbeiterInnen ein. Zugleich wenden sich BürgerInnen mit Informationswünschen an VerwaltungsmitarbeiterInnen, die bei diesen ein arbeitsintensives Reaktionserfordernis erzeugen, das vermutlich nicht selten von der ‚eigentlichen Arbeit abhält‘.

Mit dem Antrag zur Einrichtung eines Newsletters hat die CDU Fraktion hier bereits vor mittlerweile einigen Jahren den Stellenwert städtischer Informations- und Vermittlungsarbeit deutlich gemacht. Trotz Beschlusses ist der Antrag bisher – aus durchaus nachvollziehbaren kapazitativen Gründen – nicht umgesetzt worden. Weitere Bemühungen der CDU Fraktion zu umfassenden Maßnahmen im Bereich der Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Bürgerfreundlichkeit sind bisher von einer Mehrheit des Rates abgelehnt worden.

Angesichts der zuvor skizzierten exemplarischen (politisch alltäglichen *und* außerordentlichen) Gesichtspunkte schlägt die CDU Fraktion die Einrichtung einer Stelle zur Öffentlichkeits- und Vermittlungsarbeit vor, deren Aufgabenprofil mindestens folgende Bereiche abdeckt:

1. Merklich vor verwaltungsseitigen und politischen Beschlüssen, werden ‚betroffene‘ BürgerInnen identifiziert und auf einem Wege über Vorhabenplanungen informiert, der ihren üblichen Rezeptionsgepflogenheiten entspricht (die Sichtung des Ratsinformationssystems fassen wir darunter z. B. nicht).
2. Die umfassenden Wirkfelder und Projektvorhaben der Fachbereiche werden in einem begleitenden Monitoring Prozess erfasst, verständlich aufbereitet und niedrigschwellig öffentlich zugänglich gemacht und aktiv an die Öffentlichkeit und Presse weitergegeben (Salopp: „Tu Gutes und sprich darüber!“ Die Vielzahl bisher verdeckter Mühen der MitarbeiterInnen der Verwaltung erführe so zugleich auch eine grundlegend andere Aufmerksamkeit und Wertschätzung).
3. Die Einrichtung und Etablierung eines digital schnelllebigen Routinen fortwährend angepassten ‚Newsletters‘ (als Arbeitsbegriff, die bespielten Medien sollten bestenfalls viele sein und von E-Mail bis zu Sozialen Medien reichen), der eine serviceorientierte und bürgerfreundliche Informationskultur entwickelt und fördert.

Weitere Aufgabenbeschreibungen sowie die Frage der Eingruppierung und möglichen Befristung sollten einer gemeinsamen politischen Diskussion sowie Empfehlungen der Verwaltung erwachsen. Sollten hier keine Ideen eingebracht werden (wollen) schlagen wir eine zunächst auf drei Jahre befristete Vollzeitstelle mit einer dem Tätigkeitsprofil aus Sicht der Verwaltungsspitze angemessenen Vergütung vor.

### **Der Rat der Stadt Horn-Bad Meinberg möge vor diesem Hintergrund beschließen:**

Der Stellenplan des Haushalts 2020 wird um eine Stelle zur Öffentlichkeits- und Vermittlungsarbeit im zuvor skizzierten Sinne erweitert. Die Ausschreibung einer entsprechenden und dann zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu besetzenden Stelle erfolgt im Laufe des ersten Quartals 2020.

Martin  
Petringmeier  
Pauleikhoff